

Einstieg in die Freiberuflichkeit**Ich will frei sein!**

Altgediente Freie geben es gerne zu: Reinzukommen in den Job, das ist wesentlich schwerer als noch vor 15 Jahren. Beispiel WDR: Die KollegInnen in den Redaktionen werden überhäuft mit Arbeitsangeboten, können die Flut kaum noch bändigen. Mauern werden aufgebaut. Das ist die eine Seite. Doch hinter den Mauern staut sich dann der Frust – die immer noch angehende Freie Journalistin Andrea Dercks schildert den Kampf um den Einstieg.

Ausbildung, Uni, nett und ein zweiseitiger Lebenslauf voller Medienpraxis – man kann einfach nicht einsehen, dass einen im WDR keiner gebrauchen kann. Es hilft auch nicht, wenn man ein schlecht bezahltes „Praktikum“ mit voller Produktionsverantwortung gemacht hat. Inklusiv investigative Recherchen am sozialen Abgrund dieser Gesellschaft. Inklusiv Drehs unter Einsatz der körperlichen Gesundheit, weil die Jungs aus dem sozialen Abgrund die Praktikantin schon am Schlaffittchen hatten. Eigenverantwortlich eine Umfrage in der Fußgängerzone machen? Fehlanzeige, es könnte ja was schief laufen.

Als Jung-Autor beim WDR-Fernsehen hat man volle Kontrolle über seine stotternde Karriere. Denn die Reaktion auf den einfallsreichen Themenvorschlag kommt prompt: „hatten wir schon (vor zwei Jahren...)“, „zu kompliziert“ oder „da ist schon eine Kollegin dran“. Von regelmäßigen Aufträgen und kalkulierbaren Einkünften träumen Anfänger nur. Sie kämpfen wie Löwen um die Chance, sich beweisen zu können. Sie recherchieren sich wund, um das ultimative Thema als allererstes aus dem Sumpf der Gleichgültigkeit zu zerren. Sie schütten Redakteure mit Exposés zu. Selbst etablierte Kollegen verstehen nicht,

warum sie nicht zum Zug kommen. Die Beziehung zur „Konkurrenz“ ist nämlich erstaunlicherweise wohlwollend. Bereitwillig geben alte Hasen Auskunft und klopfen aufmunternd hängende Schultern, „dranbleiben, das wird schon, du kannst das“.

Schwierig wird's, Programmentscheider zu überzeugen. Glücklicherweise, wer Kontakte in die Redaktionen hat – denkt man. Da gibt einem der Redakteur, den man beim Kaffee um eine Chance anbettelt, schon mal den Rat: „Versuch's doch mal bei WDR 5, das hört sowieso keiner“. Redakteure scheuen vermutlich die Zusammenarbeit mit frischen Kräften. Die Begleitung Unerfahrener bedeutet mehr Arbeit. Natürlich ist es ehrenhaft, dass sie „ihren“ Autoren beim Kampf um's tägliche Brot den Rücken frei halten. Der Preis allerdings ist hoch: Unendliches Potential und neue Impulse bleiben ungenutzt, viele hoch motivierte, ausgebildete Kräfte bleiben ohne eine einzige Chance auf der Strecke. Der Trost: Es gibt Ausnahmen – das steht nur leider nicht auf dem Türschild ...

Ach ja: Sollte jemand den Text richtig gut finden und Kontakt aufnehmen wollen zu Andrea Dercks – den Kontakt vermittelt die Redaktion.

Urheberrechtsnovelle**Contra geben**

Der aktuelle Freibrief steht ganz im Zeichen der geplanten Novelle des Urheberrechtes. Das ist zwar wirklich kein NRW-spezifisches Thema sondern ein bundesweit relevantes. Doch hier geht es um die Rechte der Autoren. Ganz grundlegend. Da gilt es, auf allen Ebenen aktiv zu sein.

Auf den Innenseiten informieren wir über die geplanten Änderungen. Wenn diese realisiert werden, dann können sich Autoren auf wesentlich geringere VG-Wort-Tantiemen einstellen. Denn die Regierung will die Nutzungsrechte der Autorinnen und Autoren für kleines Geld verscherbeln oder gar verschenken.

Protest ist wichtig – Protest ist dringlich. Die wichtigsten Anschriften:

- Die Bundestags-Abgeordneten von SPD und CDU aus den verschiedenen Wahlkreisen. Wenn jeder Urheber in seinem Wahlkreis aktiv wird, dann ist wird das Thema hoffentlich präsenter. Info unter www.bundestag.de – da können auch die Abgeordneten nach dem Suchkriterium „Wahlkreis“ gefunden werden.

- In NRW ist Ministerpräsident Jürgen Rüttgers für den Medienbereich zuständig, Medienstaats-Sekretär Thomas Kemper ist ihm direkt unterstellt. Auch die beiden sollten Ihren Einfluss auf Bundesebene geltend machen. Jürgen Rüttgers verfügt über www.juergen-ruettgers.de sogar über eine

eigene Homepage mit Kontaktformular, von Staatssekretär Thomas Kemper findet sich online die Fax-Nummer (02 11) 8 27-1011.

- Im Ausschuss für „Kultur und Medien“ des Bundestages arbeiten mit:

CDU/CSU: Dorothee Bär (**Journalistin** aus Bamberg), Wolfgang Börnsen, Reinhard Grindel, Monika Grütters, Dr. Jürgen Krings (**Mönchengladbach**), Johann-Henrich Krummacher, Marco Wanderwitz

SPD: Siegmund Ehrmann (**Moers**), Monika Griefahn, Angelika Krüger-Leissner, Christoph Pries (**Journalist aus Borken**), Stefan Reiche, Jörg Tauss, Dr. h. c. Wolfgang Thierse.

Bundesregierung beweist: Urheberrechte sind ihr nichts wert

Es klingt der harmlos: Der zweite Korb zur Novellierung des Urheberrechtes liegt vor. Der zweite Korb – das klingt nach „Einkaufen“, nach frischen Früchten, einfach nach mehr. Doch damit die Urheber gleich wissen wo es lang geht: Beschenkt werden beispielsweise die Unternehmen der IT-Industrie. Verschenkt müssen die Künstler, die Urheber, die Verlage und die von ihnen beauftragten Verwertungsgesellschaften. Das ist echte Rechte-Umverteilung von unten nach oben. Freie, die sowieso mit knappen Honoraren auskommen müssen, schenken den Unternehmen noch was, die sie dann beim Kauf von Druckern und Druckerpatronen noch reicher machen.

Für Freie wird der Korb der Nutzungsrechte quasi immer leerer. Und das beispielsweise plant die Bundesjustizministerin Brigitte Zypries, gleichzeitig noch SPD-Mitglied (aber das heißt in der großen Koalition gar nichts mehr):

1. Ein Ende der im Gesetz festgeschriebenen Tarife für die Pauschalvergütung

Bislang ist es so, dass die Geräte-Hersteller und -Importeure pro verkauftes Gerät eine festgelegte Abgabe zahlen. Dies ist seit 1965 so. Die Abgaben sind klar definiert. Einige Beispiele:

- Videorekorder, DVD-Rekorder, DVD-Brenner: 9,21 €/Gerät
- CD-Brenner: 7,50 €/Gerät
- MP-3-Player, Kassettenrekorder: 1,28 €/Gerät
- Kopierer, Faxgeräte, Scanner ab 8,18 €/Gerät
- Leerkassetten, Audio-CDs, DATs, Minidisks ... 6,14 Cent/Stunde Spieldauer
- Video-Kassetten, DVD-Rohlinge 8,7 Cent/Stunde Spieldauer

Das ist klar, das ist einfach – das ist ohne großen Aufwand zu bewerkstelligen. Wenn auch nicht ideal, da manche Bereiche fehlen und seit 21 Jahren nicht angepasst wurden – nur die digitalen Medien wurden neu aufgenommen, die Tarife pro Stunde Spieldauer aber blieben seit über zwei Jahrzehnten gleich. Das ist schlecht, doch es ist eine – wenn auch karge – Basis.

Diese Basis wird künftig gestrichen. Es gibt dann keine klare Basis mehr. Und dies mit mehreren Maßnahmen:

2. Die Abgabe wird an den Kaufpreis eines Gerätes gekoppelt

Schon allein dieses Vorhaben ist praxisfern und fast gar nicht umsetzbar. Konkret rechnet

die VG Wort, dass schon aus diesem Grund über Jahre wesentlich geringere Tantiemen ausgeschüttet werden können. Denn – und jetzt kommt's, dies muss man sich auf der Zunge und in den Gehörgängen so richtig zergehen lassen: Marktforschungen sollen den durchschnittlichen Marktpreis eines Gerätes bestimmen. Nach diesem Marktpreis soll dann die Abgabe bewertet werden. Diese Marktforschung soll sogar noch die Verwertungsgesellschaft bezahlen.

Was heißt das konkret: Firma X bringt einen DVD-Brenner auf den Markt. Sechs Monate braucht es, bis eine nennenswerte Stückzahl überhaupt verkauft ist. Dann werden Preise erhoben. Und kaum ist die Erhebung been-

det, rutschen die Preise wieder ab und die Marktforschung fängt von vorne an. Bei der Preisentwicklung im Digitalmarkt ein nimmer endender Kreislauf, denn Preisstabilität gibt es kaum, rasche Produktwechsel sind üblich.

Dazu kommen dann die beliebten Tricks der Industrie, die von der Drucker-Industrie als Trendsetter vorgemacht werden. Denn eigentlich könnten die Drucker fast verschenkt werden, das wirkliche Geschäft läuft über die Toner-Kartuschen, Druckerpatronen, Entwickler-Einheiten und all den Zubehör-Materialien.

3. Preissenkung zu Lasten der Urheber

Die Justizministerin will es nicht nur erschweren, die eine Abgabe überhaupt zu kassieren. Gleichzeitig wird eine Obergrenze eingezogen. Die Abgabe soll nicht mehr als fünf Prozent des Verkaufspreises betragen. Das ist schon rein praktisch ein schwierig Ding – da müssten ja ständig dank der sinkenden Preise die Abgaben neu angepasst werden. Doch das ist nur ein Knackpunkt. Mit der neuen Regelung bestimmen die Hardware-Hersteller

Künstler und die Politik Erinnerungen an die alte Zeit

Es gab Zeiten, da setzten sich Künstler für die SPD ein und die SPD für die Künstler. Ein Günter Grass trommelte noch im vergangenen Wahlkampf für die, die ihm und vielen Mitautoren jetzt die Nutzungsrechte beschneiden. In den 60er Jahren war er auch dabei, als mit dem Slogan „Willy wählen“ einer ans Ruder sollte und kam, der sich als Journalist noch mit mageren Zeilenhonoraren über Wasser halten musste. Dieser Willi Brandt setzte zu Zeiten der sozialliberalen Koalition beispielsweise das Künstlersozialversicherungsgesetz um, dass Autoren, Künstler und Publizisten vor der Altersarmut schützen sollte – und bis heute schützt.

Noch zur Bundestagswahl konnte sich die SPD auf die Kulturschaffenden verlassen. Zumindest auf viele Prominente, die den Kanzler Schröder – und den gab's ja nur mit der SPD – behalten wollten. Darunter so Promis wie Udo Lindenberg, Marius Müller-Westernhagen, Aleksandra Bechtel, Günter Grass, Lisa Fitz, Til Schweiger, Iris Berben, Senta Berger, Hannelore Elsner, Darius Michalczewski und Bernd Eichinger. Das Motto in einer gemeinsamen Anzeige in der Bild: „Gerhard Schröder muss Kanzler bleiben, weil er für ein modernes und weltoffenes Deutschland steht“. Schröder ist jetzt eher in Richtung Russland unterwegs, die SPD aber stützt einen Kurs, der ein neues modernes Deutschland anpeilt. Ein modernes Deutschland, in dem Kultur verschenkt wird, Kulturschaffende ganz wie früher in einer zugigen Dachwohnung hausen und für die Ehre darben. So wie es Carl Spitzweg schon 1839 ahnte, als er „Der arme Poet“ malte. BAP-Sänger Wolfgang Niedecken war da schon etwas vorsichtiger – er warb nur für eine Fortsetzung der rot-grünen Koalition. Aber ob er sich jetzt weniger ärgert??

Zu Hoffen ist nur, dass sich jetzt auch die prominenten Künstler auf die Seite der Urheber stellen, die mit leerem zweiten Korb vor der Zukunft stehen. Damit die Regierung jetzt auch mal die kämpferische Seite der Künstler und Urheber kennen lernt.

den Wert des urheberrechtlich geschützten Werkes. Sinken die Preise der Hardware, sinkt auch der Wert der journalistischen Beiträge. Da bezieht die VG Wort klare Position: „Die Koppelung der Vergütung ausschließlich an den vom Hersteller festgesetzten Gerätepreis würde eine völlig neue Rechtsgrundlage schaffen, die mit dem momentanen Urheberrecht nicht vereinbar ist.“ Also: eigentlich die Rote Karte für den Entwurf – doch was schert es das Ministerium. Bisher zumindest.

4 Bagatellgrenze ist keine Bagatelle

Und noch eine Veränderung zu Lasten der Urheber. Es sollen nur noch die Geräte abgabepflichtig werden, mit denen in „nennenswertem Umfang“ Kopien gemacht werden. Nennenswert soll eine Quote von über zehn Prozent sein. Oder anders herum: Werden unter zehn Prozent urheberrechtlich geschützte Dinge kopiert, dann soll die Abgabe eingespart werden. Dabei kommen zum Beispiel bei Hochleistungskopierern auch bei geringen Prozentsätzen relevante Mengen zusammen. Und noch eine Überraschung. Die notwendige empirische Untersuchung an den Kopierern und den anderen Geräten dieses Landes – ein Wahnsinns-Aufwand – sollen die Verwertungsgesellschaften organisieren und bezahlen. Auch das senkt die künftig radikal gesenkten Tantiemen für die Urheber.

Aber bei der Novelle ist ja klar, wer für den Profit der Industrie zahlt: die Urheber und die, die über die Nutzungsrechte verfügen. Da sind also Urheber, Verwertungsgesellschaften und Verleger gemeinsam betroffen.

5. Ergebnis: Mini-Ausschüttungen

Wird diese Novelle wirklich Realität, dann können sich die Urheber auf wirklich geringe Tantiemen der Verwertungsgesellschaften einstellen. Da müssen Preise erhoben, empirische Studien durchgeführt und ausgewertet werden. Und da ist mit kräftigen Zeitverzögerungen zu rechnen. Denn „seit vielen Jahren verfolgt die Industrie eine Praxis der Verschleppung, indem richterliche Entscheidungen zu Gunsten der VG Wort konsequent in die nächste rechtliche Instanz getragen werden.“ So rechnet die VG Wort mit einer Zeitspanne von bis zu sechs Jahren, bis denn Vergütungssätze für einzelne Gerätetypen gefunden sind.

6. Protest

Immerhin, es hat sich ein breites Aktionsbündnis von Gewerkschaften, Verlegern, Verwertungsgesellschaften gebildet, das den Widerstand organisiert. Doch zentral ist auch, dass jeder aktiv wird, seinen regional zuständigen Bundestags-Abgeordneten anspricht, seine Kollegen mobilisiert. Die Zeit läuft.

Drucker-Industrie Kampagne mit falschen Argumenten

Die Hersteller von Druckern beispielsweise streiten mit harten Bandagen – und nicht immer mit fairen Argumenten – gegen die Abgaben an die VG Wort. Sie zählen zu den Lobbyisten, deren Argumente bei den Referenten im Bundesjustizministerium derzeit offensichtlich gutes Gehör finden. Stimmungsmache mit der Angst, dass die Kunden ihre Drucker künftig im Ausland kaufen. Dass ohne Abgaben die Medienschaffenden arm dran sind, das sagt die Branche nicht in dem Brief, den die Druckerhersteller an die Öffentlichkeit richten. Und den der Freibrief hier zitiert:

Sehr geehrte Damen, sehr geehrte Herren,

76 Euro fordert die Verwertungsgesellschaft VG Wort für jedes verkaufte Multifunktionsgerät, also für Geräte, die zum Beispiel Scanner, Fax und Drucker vereinen. Die Industrie und der Handel sollen gezwungen werden, diesen Betrag auf den Verkaufspreis aufzuschlagen. Für jeden Drucker sollen noch einmal 20 Euro fällig werden.

Damit sollen Autoren und Verlage für das Kopieren ihrer Texte zu privaten Zwecken entschädigt werden. Doch Verbraucher und Unternehmen nutzen diese Geräte gar nicht, um urheberrechtlich geschützte Werke zu kopieren. Das bedeutet, die Verwertungsgesellschaften wollen die Verbraucher zwingen, für eine Leistung zu bezahlen, die sie nicht nutzen.

Hoppla, das ist ja eine ganz neue Erkenntnis. Es werden also keine Zeitungsartikel eingescannt und ausgedruckt, keine Fotos im Internet gefunden und ausgedruckt, keine Zeitschriften-Beiträge durch die Gegend gefaxt. Ob sich die Kollegen in den Pressestellen der Drucker-Hersteller und -Importeure auch daran halten? Oder ob Sie es mit den Tatsachen halten. Und die sind schlicht: Immer öfter ersetzt der Drucker den Kopierer.

Und nun zur Angst-Passage der Drucker-Hersteller – damit die Drohung auch wirklich zieht:

Die Initiative der führenden Druckerhersteller wendet sich entschieden gegen die Abgabeforderungen der Verwertungsgesellschaften und bittet Sie um Ihre Unterstützung. ... Sollte sich der Preis eines Multifunktionsgerätes mehr als verdoppeln, dann dürfte jedem klar sein, dass diese Geräte in Deutschland nicht mehr verkauft werden können. Aber auch eine niedrige Abgabe führt zu enormen Schäden für die deutsche ITK-Industrie. Denn bei dem herrschenden Preiskampf werden die Verbraucher ganz schnell ins benachbarte Ausland abwandern, um dort ganz legal abgabefrei einzukaufen.

Eine Anmerkung noch: Vom Drucker-Hersteller HP wissen wir, dass das lukrative Geschäft mit dem Druckerzubehör überdurchschnittlich gewachsen ist.

Aktionsbündnis von Urhebern und Verlegern:

- AG Dokumentarfilm
- Allianz deutscher Designer
- Börsenverein des Deutschen Buchhandels
- Bundesverband Bildender Künstlerinnen und Künstler
- Bundesverband Deutscher Zeitungsverleger
- Deutscher Hochschulverband
- Deutscher Journalisten-Verband
- P.E.N. Zentrum Deutschland
- ver.di
- VS (Verband deutscher Schriftsteller)
- Verband Deutscher Zeitschriftenverleger
- Verband deutschsprachiger Übersetzer literarischer und wissenschaftlicher Werke
- VG Bild-Kunst
- VG Wort

Arbeitslosenversicherung

Sicherheit ja - aber bewusst kalkulieren

Seit Januar ist es amtlich: Die Bundesregierung hat eine freiwillige Arbeitslosenversicherung für Selbstständige eingeführt. Allerdings: Alle Selbstständigen sind hier gar nicht gemeint. Interessant ist die neue Versicherung nur für die, die bereits in den vergangenen Jahren in die Arbeitslosenversicherung eingezahlt haben. Nichts also für die „Vogelfreien“ von uns, die nie pflichtversichert gearbeitet haben.

Trotzdem: Für viele ist dies eine echte Chance. Denn der Beitrag ist klar definiert – und nicht gerade hoch. Derzeit kostet die freiwillige Arbeitslosenversicherung pro Monat 39,81 Euro, ab dem nächsten Jahr sollen es sogar nur 27,56 Euro pro Monat sein. Dieser Beitrag wird errechnet nach der offiziell festgelegten „Bezugsgröße“ – und die liegt aktuell bei 612,50 Euro. Doch bemessen wird das künftige Arbeitslosengeld nach dem Durchschnittseinkommen, das man in der entsprechenden Qualifikationsstufe – die legt das Arbeitsamt fest – erzielen würde. Das sind derzeit zum Beispiel:

- 2.940 Euro bei Hochschul- und Fachhochschul-Absolventen
- 2.450 Euro bei Fachschulabschluss, Meister oder vergleichbarer Qualifikation
- 1.960 Euro bei einem Ausbildungsberuf
- 1.470 Euro bei einem Job, der ohne Ausbildung machbar ist.

So kommt für arbeitlose – aber studierte – Medienschaffende mit familiärem Anhang immerhin ein Arbeitslosengeld von über 1.000 Euro zusammen. Das wäre – bei den eingezahlten Versicherungsbeiträgen – schon ein rentabler Wert. Und den Anspruch auf sein Arbeitslosengeld hat, wer in den vergangenen zwei Jahren vor der Arbeitslos-Meldung mindestens 360 Tage eingezahlt hat.

So sichert mensch sich das Arbeitslosengeld für sechs bis 18 Monaten.

Die Tücke liegt im Detail. Denn die Regierung nennt die Arbeitslosenversicherung ganz bewusst eine „freiwillige Weiterversicherung“. Weiter versichern kann sich nur der- oder diejenige, die zuvor bereits eingezahlt haben. Dies gilt derzeit ausschließlich für

Existenzgründer:

Die Weiterversicherung nutzen kann, wer in den zwei Jahren zuvor mindestens zwölf Monate seine Pflichtbeiträge bezahlt hat oder vorher Arbeitslosengeld, Übergangs-, Unterhalts- oder Insolvenzgeld kassiert hat. Außerdem muss belegbar sein, dass spätestens (!) ein Monat nach Ende der alten Versicherungspflicht eine hauptberufliche selbstständige Tätigkeit mit mindestens 15 Wochenstunden aufgenommen wird. Und dann muss wieder spätestens ein Monat nach Aufnahme dieser Selbstständigkeit der „Antrag auf freiwillige Weiterversicherung“ beim Arbeitsamt vorliegen. Also: Hier ist keine Zeit zu verlieren – wer in 2006 mit der Selbstständigkeit begonnen hat oder beginnen wird, kann auf keine Übergangsregeln hoffen.

Eine Übergangsregelung für langgediente Freie wurde in einer Nacht-und-Nebel-Aktion zum 31. Mai beendet, eigentlich sollten Anträge auf Weiterversicherung noch bis Ende des Jahres gestellt werden können. Politisch unfair – aber Realität.

Fazit:

Altgediente Freie haben keine Chance mehr. Die neue Arbeitslosenversicherung ist eventuell eher eine Chance für

- aktuelle Existenzgründer
- für Freie, die als unständig oder auf Produktionsdauer Beschäftigte arbeiten – wenn sie denn in einem Zeitraum von zwei Jahren die zwölf Monate Versicherungspflicht nachweisen können.

Und auch daran sieht man: Auch dieses Gesetz der Bundesregierung berücksichtigt kaum die Verhältnisse im Medienbereich, wo selbst viele unständig Beschäftigte binnen zweier Jahre kaum auf die zwölf Monate Versicherungspflicht kommen. Also: Wer die Voraussetzungen erfüllt, für den kann es wirklich sinnvoll sein. Nur dürfte die Zahl der Medienschaffenden, die die Chance nutzen können, gering sein.

Freienberatung

Alle vier Wochen ist die Freienberatung für Mitglieder Anlaufstelle zu Fragen wie Urheberrecht, Honoraren, Einstiegs- und Versicherungsfragen – und all das, was sich an Problematiken rund um den Freien Journalismus rankt. Egal, ob Hörfunk, TV, Print, Internet oder PR – alle Fragen sind erlaubt.

Die nächsten Termine:

21. Juni

16. August

13. September

11. Oktober

15. November

13. Dezember

Die Beratungen finden zwischen 14 und 18 Uhr statt. Und zwar im Haus Forum (WDR – gegenüber Vierscheibenhaus an der U-Bahn-Station Appellhofplatz), Appellhofplatz 1a, 50667 Köln. Eine Anmeldung ist notwendig unter Telefon: (02 11) 6 18 24-333 bei Helga Becker.

Die Technik-Beratung wird ebenfalls von Helga Becker organisiert. Anmeldung also auch unter (02 11) 6 18 24-333 – hier werden die Termine individuell mit den Beratern abgestimmt.

Alle NRW-ver.di-Mitglieder, die – teilweise oder komplett – als SchauspielerInnen, SängerInnen, MusikerInnen, TänzerInnen, AutorInnen, BildhauerInnen, MalerInnen Fragen zu ihrem künstlerischen Bereich (und nur zu dem!) und zu aller damit zusammenhängenden Bürokratie, erhalten bei Stefan Kunz eine Gratis-Beratung. Bitte statt auf einen Rückruf zu warten, lieber nach Anrufbeantworterkontakt noch einmal selbst anrufen! Mitgliedsnummer bereithalten. Telefon: (0 22 02) 70 88 70.

Impressum:

Der „Freibrief“ ist eine Zeitschrift für freiberufliche Mitglieder der ver.di, Fachgruppen Journalismus und Rundfunk – in NRW. Er ist online verfügbar unter www.freiseiten.de sowie über die Internet-Präsenz der ver.di-Fachgruppe Journalismus unter www.dju-nrw.de. Außerdem steht eine Druckauflage für den Postversand (Preis: 1,50 Euro/Stück) zur Verfügung. Abo-Anfragen bitte an Jutta Klebon (v.i.S.d.P.), c/o ver.di Landesbezirk NRW, Fachbereich Medien, Kunst und Kultur, Karlstr. 123-127, 40210 Düsseldorf, Telefon: (02 11) 6 18 24-333, Fax: (02 11) 6 18 24-468, E-Mail: jutta.klebon@verdi.de

Satz: CE Grafik Design, Carsten Engels, Gummersbach, Telefon: (0 22 61) 2 99 66

Redaktion: Journalistenbüro profil, Peter Schmidt, Bismarckstr. 1, 51643 Gummersbach, Telefon: (0 22 61) 92 62 10, Fax: (0 22 61) 92 62-24, E-Mail: psch-profil@t-online.de

Wir freuen uns immer wieder neu über Anregungen, Beiträge und Terminhinweise. Schließlich ist der Freibrief von Freien für Freie gemacht.